

08.12.2010

Ein neues Kapitel in der Schulgeschichte - Lippetal beantragt Gemeinschaftsschule

Die Gemeinde Lippetal hat den Hut in den Ring geworfen. Regierungspräsident Dr. Gerd Bollermann nahm heute, am 08. Dezember, in Lippetal den Antrag auf Einrichtung einer Gemeinschaftsschule von Bürgermeister Matthias Lürbke entgegen. Für Regierungspräsident Dr. Gerd Bollermann wird mit dem heutigen Tag ein neues Kapitel in der Schulgeschichte des Regierungsbezirkes Arnsberg aufgeschlagen.



[Bild vergrößern](#)

Er ordnete die Entscheidung der Gemeinde Lippetal in den Zusammenhang von demografischer Entwicklung und ein geändertes Verhalten bei der Wahl von weiterführenden Schulen durch die Eltern ein. In Lippetal wird für den Zeitraum von 2001 bis 2015 ein Rückgang der Schülerzahlen an den Grundschulen von ca. 34 % erwartet. Viele Eltern suchen für ihre Kinder eine möglichst qualifizierte Schulform.

"Diese Situation als Herausforderung zu begreifen und neue Wege zu gehen, ist klug und zeugt von dem Willen, Zukunft zu gestalten. Daher ist die Initiative, eine Gemeinschaftsschule zu gründen, ausdrücklich zu begrüßen", lobte der Regierungspräsident die Lippetaler für ihren Einsatz zur Schulgründung. Wichtig für den Regierungspräsidenten: Die geplante Schule wird von einem breiten Konsens in der Kommune getragen.

Der erforderliche Ratsbeschluss wurde nach einem intensiven Diskussionsprozess am 29. 11. 2010 einstimmig gefasst. Alle Beteiligten mit Bürgermeister Lürbke an der Spitze sowie den weiteren politisch Verantwortlichen haben eine gute Vorarbeit geleistet und großen Wert darauf gelegt, Eltern aber auch die Lehrerinnen und Lehrer der auslaufenden Schulen in die Planungsphase mit zu nehmen, sie zu beteiligen und gemeinsam mit der Bezirksregierung eine gute Beratungsarbeit zu leisten.

Der abschließenden Entscheidung ging eine gut geplante Kommunikations- und Beratungsphase voraus.

- Am 10. 11. 2010 fand eine Informationsveranstaltung für Eltern mit ca. 500 Teilnehmern statt.
- An der darauffolgenden Elternbefragung haben sich ca. 95 % aller Lippetaler „Grundschültern“ beteiligt.
- 85 % der Eltern mit Kindern in der 3. oder 4. Grundschulklasse haben sich für die Einrichtung einer Gemeinschaftsschule ausgesprochen.
- Die betroffenen Schulen selbst haben mit Beschlüssen der jeweiligen Schulkonferenz ihre Zustimmung zu dem Vorhaben gegeben.
- Auch die Lippetaler Grundschulen haben ihre Zustimmung signalisiert.
- Die Gemeinde Lippetal hat darüber hinaus in der vorgeschriebenen überregionalen Abstimmung die Nachbarkommunen Hamm, Lippstadt, Bad Sassendorf, Soest und Welper sowie Ahlen, Beckum und Wadersloh informiert.

Wenn die Genehmigung der Gemeinschaftsschule erteilt wird, kann der Schulbetrieb ab dem Schuljahr 2011 / 2012 beginnen. In den Klassen 5 und 6 werden die Kinder gemeinsam unterrichtet. Ab Klasse sieben bietet die neue Schule einen Hauptschul-, einen Realschul sowie einen Gymnasialzweig an. Die gymnasiale Oberstufe mit den Klassen 11 bis 13 ermöglicht dann das Abitur nach neun Jahren.

Bezirksregierung Arnsberg als Beratungsinstanz bei Schulgründungen

Die Bezirksregierung Arnsberg übernimmt derzeit bei einer Vielzahl von Kommunen die Funktion einer Beratungs-, Vermittlungs- und Informationsinstanz bei der Diskussion um eine Gemeinschaftsschule. Eine solche Diskussion mit vielen Beteiligten wie den Schulen, den kommunalen Räten, den Verwaltungen vor Ort, den Lehrern und Eltern wird von der Bezirksregierung so geführt, dass eine für die lokalen Bedürfnisse sinnvolle und akzeptierte Lösung gefunden werden kann.

- Die Bezirksregierung Arnsberg hat hier die Aufgabe zunächst Fakten und Basisinformationen zur Verfügung zu stellen.
- In einem nächsten Schritt ist die Bezirksregierung Gesprächspartner für die verschiedenen Gruppen vor Ort und Berater auf dem Weg zu einer eigenständigen Entscheidung vor Ort.
- Und in einem dritten Schritt ist die Bezirksregierung Partner bei der Umsetzung einer getroffenen Entscheidung, wenn es - wie in Lippetal - darum geht, einen konkreten Antrag fachlich fundiert und präzise mit allen Betroffenen und Beteiligten abgestimmt auf den Weg zu bringen.

20 weitere Kommunen aus dem Bezirk haben inzwischen sich mit Unterstützung der Bezirksregierung mit der Gemeinschaftsschule auseinandergesetzt. Es werden insgesamt ca. 7 Anträge für die Gründung einer Gemeinschaftsschule erwartet. Der Regierungsbezirk Arnsberg ist also in der Startphase für den Schulversuch der Gemeinschaftsschule gut vertreten, nicht zuletzt, weil die Bezirksregierung tatkräftige Unterstützung beisteuert.

Fotohinweis: Bürgermeister Matthias Lürbke und Regierungspräsident Dr. Gerd Bollermann (v. l.)